



Antrag

der Fraktionen von CDU und SPD

Ausbildung in der maritimen Wirtschaft

Der Landtag wolle beschließen:

Schleswig-Holstein hat alle Voraussetzungen, sich als Standort für Schiffbau, Seeschifffahrt und Hafenwirtschaft, in der maritimen Umweltpolitik, in maritimem Tourismus, in der maritimen Forschung und in jungen maritimen Wirtschaftszweigen wie der Entwicklung vielfältiger Marikulturen stärker zu profilieren. Hierfür werden wir in Zukunft qualifiziertes Personal benötigen. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass geeignete Arbeitskräfte im maritimen Bereich nicht ausreichend zur Verfügung stehen. Zur Verwirklichung der Projekte und zur Stabilität der Unternehmen und der Forschungseinrichtungen sind qualifizierte Arbeitskräfte erforderlich. Deshalb wird die Landesregierung gebeten, sich für die Sicherung und Schaffung von Ausbildungs- und Studienplätzen im Bereich der Maritimen Wirtschaft einzusetzen.

Hierzu sollen unter anderem folgende Maßnahmen dienen:

- Im Rahmen der Beteiligung am Schleswig-Holsteinischen „Bündnis für Ausbildung“ sollen bei der Akquise von Ausbildungsplätzen gezielt auch Betriebe einbezogen werden, die sich in den neuen Wirtschaftsbereichen entwickeln.
- Eine Nautische Ausbildung oder technisch-maritime Ausbildung soll, wie im „Bündnis für Ausbildung und Beschäftigung in der Seeschifffahrt“ vereinbart, in Schleswig-Holstein möglich bleiben. Zu diesen Ausbildungen gehören u.a. die seemännische Ausbildungseinrichtung auf dem Priwall in Lübeck-Travemünde sowie die Schiffsoffizierausbildung an der Fachhochschule Flensburg und an der Fachschule für Seefahrt in Flensburg.
- Die Universitäten und Fachhochschulen in Schleswig-Holstein sollen ermutigt werden, Ingenieurinnen und Ingenieure im Zusammenhang mit maritimer Wirtschaft weiter auszubilden. Dabei sollen die Hochschulen auch länderübergreifend zusammenarbeiten.

- In Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit sollen die Bedeutung von Qualifikationen für Tätigkeiten in der maritimen Wirtschaft und die Zukunftschancen in diesen Berufen deutlich gemacht werden. Erfolgreiche Projekte sollen im Rahmen von „best practice“ auch anderen Arbeitsagenturen zugänglich gemacht werden.

Dem Wirtschaftsausschuss ist zu gegebener Zeit über das Ergebnis der Maßnahmen zu berichten.

Hans-Jörn Arp
und Fraktion

Anette Langner
und Fraktion